

Beschluss

Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 15.10.2022

Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen historischen
2 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem
3 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er führt
4 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa
5 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen Gesellschaften sieht
6 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhende
7 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat*innen verteidigen die
8 Ukrainer*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die Freiheit
9 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf
10 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben wollen. Wir
11 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir
12 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen uns selbst
13 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das
14 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.

15 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und leitet
16 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union und
17 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression des
18 Kremls reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen Fossilen
19 beschleunigt. Wir werden uns dafür einsetzen, die Atomtransporte von und nach Rußland
20 endgültig zu beenden. Wir leisten humanitäre Hilfe, stellen die unbürokratische Aufnahme von
21 Geflüchteten sicher und bereiten unsere langfristige Unterstützung für den Wiederaufbau der
22 Ukraine vor. Wir unterstützen eine umfassende Aufarbeitung der von Russland in der Ukraine
23 begangenen Kriegsverbrechen, möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen
24 der Aggression sowie die Ahndung solcher Verbrechen durch nationale und internationale
25 Gerichte. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat*innen aus. Wir haben die eigenen
26 militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den östlichen
27 Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine und
28 Moldau sowie die Beitrittsperspektive für Georgien gestimmt – und unterstützen die Aufnahme
29 Finnlands und Schwedens in die NATO. Das Engagement der EU und auch Deutschlands wird
30 gebraucht für nachhaltigen Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Menschen im
31 Südkaukasus. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidschans auf das Kernland Armeniens. Wir
32 stehen fest an der Seite aller Völker, die sich für den demokratischen Weg entschieden haben
33 und prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein anderes an. Wir werden
34 alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die ukrainische Kultur, Sprache und Identität
35 zu erhalten.

36 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn wir
37 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Auch bei
38 Kooperationen mit Ländern wie China, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-
39 Arabien muss dauerhaft vermieden werden, dass eine Abhängigkeit entsteht. Und wir stellen
40 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist -auch
41 für unsere Partnerstaaten. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch
42 weiterhin verstärkt und beschleunigt tun, wo nötig auch aus den Beständen der Bundeswehr und
43 der Industrie. Für uns ist entscheidend, was die Ukraine braucht. Deshalb setzen wir uns in
44 der Bundesregierung dafür ein, dass alle NATO-Partner - Deutschland inbegriffen - die
45 Bedarfe an Waffensystemen für die Verteidigung der Ukraine sowie zur Rückeroberung
46 annektierter oder besetzter Gebiete decken. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere
47 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als
48 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame Sicherheit
49 Europas und unserer Verbündeten.

50 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht
51 abrücken. Auch wenn militärische Mittel zur Verteidigung und Wiederherstellung des Friedens
52 und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne
53 einer feministischen Außenpolitik langfristig auch für die Prinzipien von Abrüstung,
54 Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministischer
55 Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und
56 gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der
57 Welt sind. Unsere Bemühungen zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur
58 Rüstungskontrolle müssen wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben
59 nach einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

60 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern vielerorts das
61 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen drastischen
62 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und
63 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens geführt.

64 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen, die wegen
65 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr auf 323
66 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der Ukraine
67 hinzugekommen.

68 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in den
69 Staaten, die bereits durch die Klimakrise und die sozioökonomischen Folgen der Covid-
70 Pandemie mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und erhöht das Risiko interner
71 Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft zu spalten, müssen wir mit
72 verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr multilateralem Engagement bei der
73 Bewältigung der globalen Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den Bereichen
74 Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite Sicherheit
75 hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der Frage, wer
76 das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als Grundlage für die
77 internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und verteidigt; und welche Staaten
78 stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir entschlossen
79 für die Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass
80 Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt
81 werden.

82 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf die
83 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten
84 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und auch

85 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer Demokratie
86 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die
87 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau dieser
88 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der globalen
89 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung einzusetzen.

90 Russlands Teilmobilmachung darf nicht erfolgreich sein. Den jungen Männern Russlands muss
91 eine Alternative zum Kämpfen in diesem grausamen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geboten
92 werden. Deswegen unterstützen wir Grüne eine schnellere und unbürokratischere Aufnahme
93 insbesondere von russischen und belarussischen Dissidenten. Aber auch Deserteuren und
94 Kriegsdienstverweigerern, die in der EU oder Deutschland Schutz suchen, muss nach einer
95 Sicherheitsüberprüfung Aufnahme gewährt werden. Erstaufnahmeländer wie Georgien, in die
96 hunderttausende Menschen aus Russland vor der Mobilmachung geflohen sind, sollten bei den
97 humanitären Herausforderungen unterstützt werden.

98 **Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik**

99 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt geleitet vom Konzept der menschlichen
100 Sicherheit. Wir denken Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und
101 Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen. Alle Menschen sollen frei von Furcht und Not
102 leben können. Wir integrieren endlich die sicherheitsrelevanten Aspekte aller Ressorts,
103 einschließlich Klimasicherheit, Ernährungssicherheit, digitale Sicherheit und die Sicherheit
104 kritischer Infrastruktur, welche militärische Landes- und Bündnisverteidigung, zivile
105 Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. Überall setzen wir
106 uns für den Vorrang der Prävention von Krisen, die Stärkung der Menschenrechte im Sinne der
107 Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Überwindung struktureller Gewalt ein.

108 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine feministische
109 Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die Gleichberechtigung
110 der Geschlechter, die Überwindung struktureller Diskriminierung marginalisierter Gruppen,
111 beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ*, für die gerechte
112 Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung aller.
113 Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit
114 und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen und
115 marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende
116 menschliche Sicherheit. Deshalb machen wir uns für die vollständige Umsetzung der Agenda
117 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stark, die wir innerhalb Deutschlands und international
118 vorantreiben. Dazu gehört auch, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden
119 einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und
120 Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention von Konflikten, bei ihrer
121 Transformation und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Deswegen müssen auch
122 Vergewaltigung, Ermordung von Zivilist*innen sowie Plünderungen als Kriegsverbrechen benannt
123 und geahndet werden. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in Kooperation
124 mit feministischen Akteur*innen ausnahmslos und institutionell verankert intersektional-
125 feministisch ausgerichtet werden. Hierzu suchen wir den Schulterschluss mit Akteur*innen auf
126 der ganzen Welt.

127 Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer nachhaltigen
128 Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von ressortübergreifenden
129 Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor deren Umsetzung
130 auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden können.

131 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen
132 Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungspolitik, humanitärer Hilfe oder
133 zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen Initiativen

134 sowie der Friedens- und Konfliktforschung – müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage
135 umfassend und adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte
136 und gestärkte Analysefähigkeit. Vor allem die institutionelle Förderung in diesem Bereich,
137 wie die des Zivilen Friedensdienstes oder der Deutschen Stiftung Friedensforschung brauchen
138 eine Wachstumsperspektive. Zudem müssen wir die Verpflichtung in den Leitlinien
139 Krisenprävention für mehr Öffentlichkeitsarbeit für Friedensförderung endlich erfüllen.
140 Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und damit
141 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden. Dies
142 führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in den
143 betroffenen Staaten und Regionen.

144
145 Auch Tausende Studierende und Wissenschaftler*innen protestieren in Russland gegen den
146 Krieg. Wir wollen sicherstellen, dass die Wissenschaftsfreiheit der ausschließlich zivil
147 nutzbaren Forschung insbesondere für russische Exil-Wissenschaftler*innen, die sich gegen
148 den Krieg engagieren, sichergestellt wird.

149 In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch rasche
150 humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen. Das
151 Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche Bereitstellung
152 von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der
153 humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen
154 uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des Systems der humanitären Hilfe
155 ein, mit dem Ziel, schneller und weitreichender agieren zu können sowie durch erhöhte
156 Wirkungsorientierung die Grundlage für langfristige und nachhaltige Entwicklung zu schaffen.
157 Auch bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft die
158 Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung von Dürren
159 oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer
160 Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit Klimaschutz
161 und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der Weltbevölkerung
162 nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust
163 vorgehen und zeitgleich Strategien für die globale Landwirtschaft entwickeln, um sich dem
164 ändernden Klima adäquat anzupassen.

165 Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die
166 Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und Stabilität
167 weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren negativen
168 Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im
169 Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen Akteur*innen,
170 wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv eingeschränkt
171 werden. Internationale Kooperation ist Grundlage für eine gemeinsame Klimaaußenpolitik: sie
172 ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele,
173 beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Klimaschutzpolitik ist Friedens- und
174 Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die Transformation hin zur Klimaneutralität noch
175 verbindlicher und energischer vorantreiben – in Deutschland und weltweit. Feministische
176 Außen- und Entwicklungspolitik muss mit internationaler Klimapolitik zusammengedacht werden.
177 Mit Klimaaußenpolitik und Kooperation für Klimagerechtigkeit als Mittelpunkt unserer Politik
178 setzen wir uns ressortübergreifend für die globale Klimaneutralität sowie die Bewältigung
179 von Klimafolgen ein, um unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden und die Agenda
180 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Daran ändert auch der russische Angriff auf die
181 Ukraine nichts, selbst wenn kurzfristig fossile Energieträger aus anderen Ländern als
182 Russland importiert werden müssen. Dies darf nur eine Überbrückung auf Zeit sein, bis wir
183 die Abhängigkeit von fossilen Energien durch einen noch schnelleren Ausbau der erneuerbaren
184 Energien beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad ist und bleibt Richtschnur unseres Handelns.

185 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das blinde
186 Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische
187 Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir setzen daher auf die
188 Diversifizierung von Lieferketten und stärken vorrangig die Partnerschaften mit Staaten, die
189 unsere Werte teilen. Diese wollen wir so gestalten, dass sie unsere Interessen nicht
190 einseitig befördern, sondern durch attraktive Angebote die Interessen der Partnerländer -
191 wie lokale Wertschöpfung, faire Arbeitsplätze und nachhaltige Produktionsbedingungen -
192 berücksichtigen, um so langfristig stabile Allianzen zu schmieden.

193 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften haben
194 uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in der Europäischen Union
195 gebracht. Um diesen zu sichern, braucht es auch gut ausgestattete, interoperable, bündnis-
196 und europafähige und stärker integrierte Streitkräfte. Diese halten nicht nur potenzielle
197 Aggressoren von Angriffen ab. Als Partei haben wir in unserer Geschichte auch gelernt, dass
198 in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid führen
199 kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. Militär bringt niemals die
200 Lösung, kann jedoch ein Zeitfenster für politische Lösungen und die zivile
201 Konfliktbearbeitung schaffen.

202 Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten wir uns,
203 Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden wir eine
204 Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und Krisennachsorge bzw.
205 Wiederaufbau an.

206 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs greift ein Sondervermögen für die
207 Bundeswehr allein zu kurz. Es braucht zusätzliche Anstrengungen in der gesamtstaatlichen
208 Sicherheitsvorsorge. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten für
209 zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie, Friedens- und
210 Konfliktforschung, humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie für
211 Stabilisierung und Entwicklungspolitik ein. Dabei halten wir an der Zielsetzung aus dem
212 Koalitionsvertrag fest, dass die Ausgaben im Maßstab 1:1 zum Anstieg der
213 Verteidigungsausgaben erhöht werden sollen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr muss
214 jedoch so ausgestaltet werden, dass die Bundeswehr ihren Beitrag zur Landes- und
215 Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und EU besser und unter neuen Vorzeichen auch
216 schneller leisten kann. Das Sondervermögen für die Bundeswehr darf nicht zu einer
217 haushalterischen Einschränkung für den prioritär notwendigen Investitionsbedarf zum sozial-
218 ökologischen Umbau unserer Gesellschaft führen.

219 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören neben der
220 Ertüchtigung von Partnerstaaten auch gesamtstaatliche Maßnahmen wie die Erhöhung der
221 Cybersicherheit, die Stärkung von Infrastrukturen und Versorgungsstrukturen, der Abbau
222 bürokratischer Hemmnisse und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Eine ausreichende
223 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von großer
224 Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer Gesellschaft
225 in den Blick zu nehmen.

226 Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die Notwendigkeit
227 hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem aggressiven Agieren
228 Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden, die
229 nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von Russlands
230 Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst lancierter
231 Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die Abwehr
232 weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische Institutionen

233 gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des Digital
234 Services Act.

235 Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz gilt
236 es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut
237 ausgestattete Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen zivilen
238 Akteur*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der
239 Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, BBK).
240 Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker als
241 bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen Hilfswerk (THW)
242 angesiedelten „Cyberhilfswerks“.

243 Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen
244 Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das Zentrum für
245 Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt werden.
246 Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen wegkommen, das
247 erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer wurden.
248 Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren und
249 hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus in
250 gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als bisher
251 auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte Abschreibungsmodalitäten
252 oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit
253 Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht konsequent
254 innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch kriminellen
255 Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.

256 Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den enormen
257 friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen. Dieses breite
258 Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der
259 Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für eine
260 Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

261 **Das Friedensversprechen der Europäischen Union erneuern**

262 Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir erneuern.
263 Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin eine
264 große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat*innen in der Westbalkanregion, in der
265 Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in anderen
266 Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit den
267 Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und sich ein
268 Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und
269 handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die
270 Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen weltweit,
271 aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel sein
272 muss.

273 Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau
274 sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die
275 verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die EU
276 unterstützen.

277 Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir sehen
278 jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter auszubauen, um
279 die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta basierende
280 internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr Friedensversprechen zu

281 erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft entschieden zu
282 verteidigen.

283 Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den autokratischen,
284 demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen unserer Zeit.
285 Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU. Deshalb gehört
286 die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen Reformen zu
287 den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden Krieges
288 gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und
289 wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf diese
290 Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen und
291 wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der EU
292 bestmöglich abfedern.

293 Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas
294 liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen:
295 Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere IT-
296 Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität,
297 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte gemeinsame
298 Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der
299 Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für eine
300 handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu prüfen,
301 weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

302 Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit
303 Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den
304 Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die bewährten
305 Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur Disposition:
306 Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der Konferenz
307 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von Helsinki und
308 der Charta von Paris zu bekräftigen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit
309 in Europa (OSZE) zu stärken. Die OSZE bietet – trotz ihres Reformbedarfs - mit ihren 57
310 Teilnehmerstaaten eine wichtige Basis für staatenübergreifende Kooperation. Langfristig geht
311 es darum, eine nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur aufzubauen.

312 Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer Werte und
313 Normen auch nach innen schützt. Dazu gehört auch die Wahrung der Rechte von Frauen und
314 queeren Menschen. Diese ist ein Gradmesser für Demokratie. Wir wollen die europäische
315 Rechtsstaatlichkeit durch eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische
316 Staatsanwaltschaft stärken und den Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales
317 Recht ausweiten, damit alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte erhalten.
318 Der Abbau von Grundrechten und -freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert werden. Wir
319 begrüßen daher die überfällige Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als eines der
320 Instrumente zum Schutz der europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent angewendet
321 werden muss. Effektive Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind heute – neben
322 institutionellen Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das
323 entschiedene Vorgehen gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder
324 erschweren könnte, wenn einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-
325 Mitgliedsstaaten notwendig sind. Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig und
326 entschlossen die Handlungsfähigkeit der EU auszubauen – zur Not auch, indem im Rahmen der
327 Verstärkten Zusammenarbeit einzelne Staaten gemeinsam vorangehen.

328 Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit Geflüchteten
329 an den EU-Außengrenzen, sowie eine menschenwürdige, gesamteuropäische Asyl- und

330 Einwanderungspolitik. Trotz jahrelangen Diskussionen und vielen Versprechungen ist der
331 Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen immer noch unwürdig und rechtswidrig. Deswegen
332 werden wir unsere Möglichkeiten in Kommunen, Ländern und auf Bundes- und Europaebene nutzen,
333 um diese unwürdige Situation ohne weitere Verzögerungen zu beenden. Asylverfahren müssen
334 innerhalb der EU durchlaufen werden und alle Asylanträge inhaltlich geprüft werden.
335 Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Nichteinreisefiktionen oder
336 europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab. Wir setzen uns weiterhin innerhalb der
337 Bundesregierung und der EU für eine europäisch getragene und staatlich koordinierte
338 Seenotrettung ein. Wir stellen uns gegen eine Politik, die mit Menschenrechtsverletzungen in
339 der europäischen Nachbarschaft eine Abschottungspolitik umsetzen will. Die Kriminalisierung
340 von Seenotretter*innen wollen wir verhindern. Illegale Pushbacks nationaler Grenzpolizeien
341 oder ihre Unterstützung beziehungsweise Duldung durch die europäische Grenzschutzbehörde
342 Frontex darf es nicht geben. Sie müssen sofort beendet und zukünftig effektiv verhindert
343 werden. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent geahndet
344 werden, etwa durch die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-
345 Kommission gegen verantwortliche Mitgliedstaaten. Mit Blick auf die in der EU ankommenden
346 Menschen treten wir im Sinne einer fairen Verantwortungsteilung für eine Weiterentwicklung
347 des Malta-Mechanismus ein. Außerdem wollen wir die Aufnahme aus dem Resettlement-Programm
348 des UNHCR deutlich ausbauen, um sichere Fluchtwege aus Ländern wie Libyen zu schaffen.

349 Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in der
350 EU ist beispielhaft und zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und humanitäre
351 Notlagen an den Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine
352 verhindert werden. Die in dieser Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen für die
353 zukünftige EU-Migrationspolitik eine Blaupause sein. So überwinden wir endlich die
354 Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

355 **Für Kooperation und Multilateralismus auch in Zeiten des Konflikts**

356 Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie nie.
357 Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht an
358 globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende Kooperationsansätze
359 europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.

360 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere Sicherheit.
361 Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf jedoch
362 nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den demokratischen
363 europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die EU und ihre
364 Mitgliedstaaten übernehmen mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung. Das gilt
365 insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen
366 Staaten und Polens. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei zentraler
367 Stützpfeiler unserer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Stärke unserer
368 Werte- und Verteidigungsgemeinschaft misst sich auch an der in ihr gelebten Demokratie,
369 Rechtsstaatlichkeit und überzeugend umgesetztem Multilateralismus. Wir setzen uns für den
370 weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler Rechtsnormen, globale
371 Rüstungskontrolle, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer
372 verantwortungsbewussten Handelspolitik ein. Die wiederholten völkerrechtswidrigen
373 Interventionen der Türkei gegen die Kurd*innen in Syrien und im Irak wie auch der Abbau der
374 eigenen Rechtsstaatlichkeit sind mit dem Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht vereinbar.

375 Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus.
376 Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit
377 Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen
378 zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in dem die

379 wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon lange
380 reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts insbesondere
381 durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive
382 Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien
383 erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf diese
384 Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen Angriffskrieges
385 auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation in
386 der Lage ist.

387 Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-
388 Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer Blockade
389 Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die Beschlüsse der
390 Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos durch ein
391 Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und ein
392 verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an
393 Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die gemeinsame
394 europäische Stimme stärker werden.

395 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn die Vereinten
396 Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Menschenrechte, die UN-Konventionen
397 sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und inklusiven
398 internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und G-20, die
399 NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung flexibler
400 Koalitionen, Kontaktgruppen und Allianzen sollte aber auch in bestehende Partnerschaften und
401 Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für
402 Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

403 Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie Wissenschaftsdiplomatie
404 gewinnen angesichts geopolitischer Krisen massiv an Bedeutung. Sie tragen maßgeblich dazu
405 bei, durch Bildungs- und Forschungsk Kooperationen und wissenschaftliche Expertise große
406 globale Herausforderungen zu bewältigen, kulturelle Brücken zu bauen und positiv in die
407 Zivilgesellschaft zu wirken. Somit können sie friedensfördernde Effekte entfalten. Sie
408 müssen daher ein zentraler Aspekt der deutschen Außenpolitik sein. Der Deutsche Akademische
409 Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Goethe Institut und die deutsche
410 UNESCO-Kommission leisten von Schutzprogrammen für bedrohte Wissenschaftler*innen und
411 Studierende über Sprachkurse und Austauschprogramme bis hin zu Stipendien für internationale
412 Spitztalente einen essenziellen Beitrag für eine aktive und zielgerichtete
413 Außenwissenschaftspolitik. Die Finanzierung der Mittlerorganisationen der Auswärtigen
414 Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss, wie im Koalitionsvertrag vereinbart,
415 verlässlich erhöht, statt gekürzt zu werden. Da sich globale Probleme nur gemeinsam lösen
416 lassen, fördern wir die europäische sowie internationale Vernetzung und Zusammenarbeit in
417 Studium, Forschung und Lehre auch durch eine Weiterentwicklung der
418 Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung und des Strategiepapiers „Science
419 Diplomacy“ des Auswärtigen Amts. Dazu gehört auch eine bessere Verzahnung von bildungs- und
420 außenpolitischen Handlungen. Institutionelle Kooperationen allein - zum Beispiel im
421 Europäischen Hochschulraum - führen nicht automatisch zu Annäherung. Wissenschaftsdiplomatie
422 muss deswegen dazu beitragen, Menschenrechte, Demokratieförderung und die Freiheit von
423 Forschung und Lehre ins Zentrum von Kooperationen zu rücken.

424 Wir wollen, dass in Deutschland die akademische Forschung und Lehre zur Ukraine und dem
425 Verflechtungsraum Östliches Europa deutlich gestärkt und ausgebaut wird, sowie Programme zur
426 zivilgesellschaftlichen, kulturellen und kommunalen Zusammenarbeit mit der Ukraine besonders
427 gefördert werden.

428 **Autokraten entschieden begegnen**

429 Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für Menschenrechte,
430 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch imperialistische
431 Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die
432 internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur*innen ein hohes Risiko, dass
433 sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere eigene
434 Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer globaler
435 Aufgaben schaffen.

436 Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit stärken und uns
437 besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit wappnen. Es kann
438 bei Regelbrecher*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die universellen
439 Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Zur Achtung
440 dieser Normen bauen wir auch auf Gerichte wie den Internationalen Strafgerichtshof und den
441 Internationalen Gerichtshof und setzen uns deshalb bei unseren Partner*innen für eine
442 Anerkennung dieser wichtigen Institutionen ein. Denn sowohl Einzelpersonen als auch Staaten
443 müssen für Verstöße zur Verantwortung gezogen werden.

444 Das Paradigma „Wandel durch Handel“ ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere
445 Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außen- und entwicklungspolitischen Zielen
446 und Leitlinien sein. Daraus folgt, dass wir eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens nur
447 mit umsetzbaren, überprüfbaren und rechtlich verbindlichen Verpflichtungen zum Umwelt-,
448 Sozial- und Menschenrechtsschutz befürworten, und wenn wirksame Zusatzvereinbarungen zum
449 Schutz der Amazonas-Wälder abgeschlossen sind. Wir setzen uns ebenso für einen Ausstieg aus
450 dem Energiecharta-Vertrag ein, weil der darin enthaltene Investitionsschutz Gefahr läuft,
451 den Ausstieg aus fossiler Energie und unsere Klimapolitik zu behindern.

452 Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche Kooperationsangebote
453 nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf menschliche
454 Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als
455 Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch dann
456 müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und auf ihre
457 Beseitigung hingearbeitet werden. Sektoralen Abhängigkeiten müssen wir durch
458 Diversifizierung entgegentreten, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und
459 europäischer aufstellen.

460 Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen Reaktionsmöglichkeiten auf
461 diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das Projekt
462 war nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch falsch. Die
463 heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle
464 Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik
465 darstellen.

466 Das revisionistische Russland unter Wladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit und
467 Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind zu
468 Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und
469 Transparenz der Beziehungen bereit. Wir sind immer zu einem Dialog mit Russland bereit, doch
470 Russland hat sich bis zuletzt einem fairen Dialog verweigert. Ein Partner wird Russland für
471 uns künftig nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält. Dabei
472 treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder ein und lehnen die
473 imperiale Idee von Einflusszonen ab. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren setzt,
474 setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen. Wir zeigen uns solidarisch mit denjenigen,
475 die der zunehmenden Unterdrückung des Kreml trotzen und sich für ein Russland einsetzen, das
476 Frieden, Völkerrecht und Menschenrechte respektiert, anstatt sie mit Füßen zu treten.”

477 Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere Werte und
478 Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die internationale
479 Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die aggressiven
480 Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die Uigur*innen und die
481 aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China versucht
482 zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu nutzen.
483 Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere Abhängigkeiten
484 überprüfen und auf eine europäische Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung setzen.
485 Im Rahmen der europäischen Ein-China-Politik wollen wir die wirtschaftliche und politische
486 Zusammenarbeit mit Taiwan zum Nutzen beider Seiten intensivieren. Dazu gehören ein Abkommen
487 über resiliente Lieferketten und ein bilaterales Investitionsabkommen. Wir betonen, dass
488 eine Änderung des Status Quo in der Taiwanstraße nicht einseitig und nicht gegen den Willen
489 der Bevölkerung Taiwans stattfinden darf. Wir unterstützen Taiwans relevante Beteiligung an
490 der Arbeit internationaler Organisationen wie der WHO, WHA, ICAO oder Interpol. Unter
491 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur Zusammenarbeit mit
492 China bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

493 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine gemeinsame
494 autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbriefte Gleichberechtigung aller
495 Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere Partnerschaften
496 investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im asiatisch-
497 pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission. Einseitige
498 wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-Politik
499 überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere Maßnahmen zur
500 Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und
501 Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger*innen notwendig.
502 Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte auch in
503 ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

504 **Neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

505 Der Vorrang für Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das
506 zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle
507 Waffensysteme, ob nuklear, konventionell oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler und
508 internationaler Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern,
509 sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen
510 und technologischer Entwicklungen – von neuartigen Waffensystemen, über den Cyberbereich bis
511 hin zur militärischen Nutzung des Weltraums. Daher wollen wir gerade in unsicheren Zeiten
512 die Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken, Abrüstungsinitiativen
513 wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen und auch nicht staatliche Akteure in den Blick
514 nehmen. Die Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum
515 unserer Bemühungen bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen
516 Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der enormen
517 Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein Nachfolgeabkommen zum
518 New-START-Vertrag einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konkrete, materielle
519 Unterstützung der Opfer von Atomwaffentests in der aktuellen Legislaturperiode ein. Das Ziel
520 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

521 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive, transparente und
522 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Gerade nach alle den Jahren des maßlosen
523 Drangs der Großen Koalition mit Genehmigungen in Rekordhöhe an Staaten, die keine
524 Wertepartner sind, ist ein Neuanfang überfällig. Für uns sind Rüstungsexporte kein
525 Instrument der Industriepolitik. Wir wollen ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz,
526 das insbesondere Transparenz über die erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige inhaltliche

527 Begründung, sowie über die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern schafft.
528

529 Auf EU-Ebene werden wir uns dafür einsetzen, ein verbindliches Regime zur europäischen
530 Waffenexportkontrolle für gemeinsame Rüstungskoperationen zu schaffen, das im Einklang mit
531 den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU steht. In der schwersten Sicherheitskrise
532 Europas seit Jahrzehnten sind Europäische Kooperation und Verlässlichkeit unter Verbündeten
533 ein hohes Gut. Unsere von Werten geleitete Außenpolitik steht vor einem Dilemma: Auf der
534 einen Seite wollen wir eine vertiefte Rüstungskoperation mit unseren europäischen Partnern
535 im Einklang mit unseren Werten, auf der anderen Seite wird bis zu einer restriktiven
536 europäischen Rüstungsexportpolitik noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein.
537

538 Bündnis 90/Die Grünen werden diese Debatte nutzen, um uns bei der Formulierung des
539 Rüstungsexportkontrollgesetzes für eine Reform von europäischen Gemeinschaftsprojekten im
540 Rüstungsbereich einzusetzen. Forderungen nach Lockerungen der restriktiven Regelungen bei
541 Gemeinschaftslieferungen erteilen wir eine Absage. Wir wollen gemeinsame europäische
542 Entscheidungen für Rüstungsexporte auf Basis einer gemeinsamen Einschätzung der
543 Sicherheitslage und europäischer Werte. Wir wollen keinen Wettlauf um die niedrigsten
544 Menschenrechtsstandards bei der Genehmigungspraxis. Es braucht zudem einen regelmäßigen,
545 unabhängigen und transparenten Review-Prozess der Bundesregierung zur Sicherheits- und
546 Menschenrechtspolitik in den Empfängerstaaten und einen Review der geschlossenen Alt-
547 Verträge.

548 Die Regierung von Saudi-Arabien begeht nachweislich massive Menschenrechtsverletzungen und
549 ist Kriegspartei im Jemen-Krieg. Deswegen lehnen wir jegliche Rüstungsexporte an Saudi-
550 Arabien ab. Wir streben auch einen europäischen Rüstungsexportstopp für Saudi-Arabien und
551 ein europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten an, solange diese nachweislich
552 unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-Arabien geführte Koalition hat in
553 den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen geflogen und damit und mit der
554 Blockade des Landes zu einer der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit beigetragen.
555 Unter anderem der Druck der internationalen Gemeinschaft auf Saudi-Arabien hat in letzter
556 Zeit zu einem Ende der gezielten Bombardements von ziviler Infrastruktur geführt.

557 Die Weigerung der Huthi-Milizen, die Waffenruhe im Jemen zu verlängern, ist ein Grund zu
558 großer Beunruhigung. Der internationale Druck auf alle Kriegsparteien muss aufrecht erhalten
559 werden, die Priorität muss ein Waffenstillstand mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens
560 bleiben. Die Jemen-Klausel des Koalitionsvertrags gilt.

561 Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht im Völkerrecht (kodifiziert u.a.
562 in Art. 51 der UN-Charta) für uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder
563 angegriffen werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können. Deshalb
564 werden wir die Ukraine solange es notwendig ist unterstützen. Von der
565 nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bis zur Lieferung von schweren Waffen werden wir uns
566 dafür einsetzen, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, ihr Land auch weiterhin zu
567 verteidigen und durch Russland eroberte oder völkerrechtswidrig annektierte Gebiete
568 zurückzugewinnen. Es sind entscheidende Monate für die Menschen in der Ukraine und für die
569 Ordnung auf unserem Kontinent. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen, die zur Verletzung
570 von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische Repressionen eingesetzt
571 werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und den Frieden weltweit.
572 Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir heute liefern, in
573 Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge, verbindliche und
574 differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipments-Kontrollen gesetzlich fest- und
575 vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise
576 identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen ermöglichen,

577 unliebsame Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Medienschaffende oder
578 Minderheiten zu verfolgen.

579 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können und die Einsatzfähigkeit der
580 Bundeswehr zu erhöhen, müssen das Beschaffungswesen reformiert, Beschaffungsmaßnahmen
581 beschleunigt und substanzielle Strukturmaßnahmen in Bundeswehr und Verwaltung zur Förderung
582 von Agilität und Effizienz umgesetzt werden. Das beschlossene
583 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere Schritte
584 in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist
585 auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung, um die
586 Voraussetzungen für die materielle Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis- und
587 Landesverteidigung sowie des verteidigungsbedingten Bedarfs unserer Partner zu schaffen.
588 Dazu gehören insbesondere Planbarkeit und die Konsolidierung der europäischen
589 Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn nationale
590 Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise, sondern auch für eine geringe Kompatibilität
591 und Interoperabilität zwischen den Streitkräften.

592 **Für eine gesicherte und gerechte Welternährung – eine Strukturpolitik gegen die globalen** 593 **Krisen**

594 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen Krisen noch
595 weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland offenbart
596 die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von Nahrungsmittelimporten
597 und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen
598 Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf die
599 Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige
600 Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele für
601 nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter anderem
602 für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser Dynamiken aus.
603 Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit gemeinsam
604 mit unseren Partner*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente sowie
605 demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik verstehen wir
606 als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik. Feministische Entwicklungspolitik
607 setzt dabei an den Ursprüngen der Ungleichheit an: den ungleichen Machtverhältnissen
608 zwischen den Geschlechtern, sozialen Normen und Rollenbildern.

609 Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen einzusetzen
610 und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem
611 Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres
612 Stimmverhältnis zu sorgen.

613 Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit.
614 Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und weniger
615 für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet
616 werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale
617 klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig
618 einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor allem in
619 den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen wollen wir
620 stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für Frauen – eine essenzielle
621 Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen Vermarktung wollen wir
622 fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und Absatzgenossenschaften.
623 Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker regulieren. Durch diese Maßnahmen
624 kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt reduziert werden.

625 Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften
626 funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale
627 Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für soziale
628 Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social Protection“
629 verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids,
630 Tuberkulose und Malaria gleichen.

631 Um für künftige Pandemien besser vorbereitet zu sein, unterstützen wir die Entwicklung eines
632 Pandemie-Vertrags der Weltgesundheitsorganisation. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser
633 Vertrag robuste Mechanismen beinhaltet um in künftigen Pandemien schnelleren und gerechteren
634 weltweiten Zugang zu Gesundheitsprodukten zu sichern. Wir begrüßen die WTO-Entscheidung zur
635 Einschränkung des Patentschutzes für Covid-19 Impfstoffe. Wir setzen uns zudem dafür ein,
636 dass solche Maßnahmen dort, wo freiwillige Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, auch
637 auf Therapeutika und Diagnostika für Covid-19 ausgeweitet werden können

638 Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-Pandemie neue
639 Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das Schuldenmoratorium der
640 G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen. Unser
641 Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen eine
642 Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das öffentliche
643 und private Gläubiger*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders
644 gefährdete Ländergruppen vorsieht. Als konkreten Beitrag wollen wir ein Gesetz zur
645 Restrukturierung ausländischer Staatsschulden mit dem die Ergebnisse internationaler
646 Umschuldungsverhandlungen in Deutschland verbindlich gemacht werden.

647 Feministische Entwicklungspolitik ist Teil der feministischen Außenpolitik und bedeutet, die
648 Förderung und die Belange von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in den
649 Vordergrund zu stellen und sie gezielt in Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir setzen uns
650 dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus
651 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen „Equality Fund“ direkt
652 gefördert werden.

653 In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik von
654 Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter, nachhaltiger und
655 menschenrechtsbasierter Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über Korruption
656 und Nepotismus häufig nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen Staatsführung
657 verteilt. Gerade in solchen Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf
658 Projektebene, sondern auch in Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die lokale
659 Zivilgesellschaft, für unabhängige Medien und die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.